

Beschlussvorlage

Tagesordnungspunkt:

Straßenbeleuchtung;
Kostensituation

Beratungsfolge:	Abstimmungsergebnis			Sitzungs- termin
	einst.	Enth.	Gegen.	
Bau-, Planungs- und Umweltausschuss				10.02.2005

Finanzielle Auswirkungen: stehen noch nicht fest

Sachverhalt:

Im Straßenbeleuchtungsvertrag vom 04.12.1990 wurde in § 5 Abs. 2 vertraglich vereinbart, dass die Gemeinde dem Stromversorgungsunternehmen RWE für die Instandhaltung und den Betrieb eine leuchtenbezogene jährliche Pauschale zahlt. In § 5 Abs. 3 dieses Vertrages wird des weiteren die Zahlung des Strombedarfes geregelt.

In der Folgezeit fanden verschiedenste Vertrags- und Preisanpassungen gesetzlicher wie vertraglicher Natur statt. Zudem nahm die Anzahl der Straßenleuchten aufgrund der Erschließung neuer Wohn- und Gewerbegebiete in nicht unerheblichem Umfang zu. Dieses führte zu einer stetigen Steigerung der Straßenbeleuchtungskosten. Über diese Entwicklung wurde der Bau- und Planungsausschuss am 22.01.2004 im Rahmen der Haushaltsplanberatungen bereits informiert. Es wurde damals vereinbart, dass sich der Fachausschuss unter einem gesonderten Tagesordnungspunkt einmal mit der Thematik befasst. Vordergründig um darüber zu beraten, ob vorhandener Leistungsstandart abgebaut bzw. die erforderlichen Mittel jährlich bereitgestellt werden. In der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 07.07.2004 wurde ergänzend hierzu dargestellt, dass inzwischen mit dem RWE eine Bereisung des Gemeindegebietes stattgefunden habe, um eventuelle Einsparmöglichkeiten durch die Demontage vorhandener Leuchten zu finden. Wegen der eventuell damit verbundenen weitreichenden Auswirkungen und der bevorstehenden Kommunalwahl war man sich darüber einig, dass sich der neu zu konstituierende Bau-, Planungs- und Umweltausschuss in der neuen Legislaturperiode mit der Thematik abschließend auseinandersetzen sollte.

Die RWE Rhein-Ruhr AG hat gemeinsam mit der Verwaltung inzwischen die Thematik soweit aufbereitet, dass die Beratungen durchgeführt werden können. Mitarbeiter des Stromversorgungsunternehmens werden daher in der Sitzung einen Sachvortrag halten, welcher im Wesentlichen folgende Punkte umfassen wird:

- Übersicht Leuchtstellentypen/Betriebskosten
- Jahreskostenanteile
- Berechnung nach Anteil Leuchtstellen
- Realisierte Einsparmaßnahmen Umbau
- Realisierte Einsparmaßnahmen Demontage
- Risiken bei weiterem Leistungsabbau

Wegen der Tragweite der zu treffenden Entscheidung, insbesondere bei einem Leistungsabbau durch Demontage einer erheblichen Leuchtenanzahl, wird vorgeschlagen, die Thematik in den Fraktionen zu vertiefen und eine abschließende Entscheidung in der Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses am 17.03.2005 zu treffen.

Beschlussvorschlag:

Ergibt sich aus der Beratung.

I. A. Armin Hombitzer

Marieneide, 24.Jan.2005

2. Mit der Bitte um Kenntnisnahme zuleiten:

- Hr. BM Töpfer
- Hr. BG Lübken
- Hr. GK Himmeröder

3. Wvl. zur Sitzung